



Landesbildungsvorsitzender Bernd Dobesberger wirft einen Blick auf die Geschichte des 1. Mai und veranschaulicht beispielhaft anhand von drei entscheidenden Jahren (1890, 1933 und 1979) die politische Bedeutung dieses Feiertages der arbeitenden Menschen. Zugleich lehren uns die Auseinandersetzungen der Vergangenheit auf die sozialdemokratischen Errungenschaften zu achten und die Demokratie zu schützen.

## Geschichte drei

### Weggabelung

1979 war ein denkwürdiges Jahr: Margaret Thatcher wurde britische Premierministerin, Ronald Reagan wurde zum amerikanischen Präsidenten gewählt. Der Neoliberalismus war damit in kapitalistischen Kernländern an die Macht gewählt worden. In Österreich feierte indes die Sozialdemokratie mit dem Spitzenkandidaten Bruno Kreisky bei den Nationalratswahlen am 6. Mai mit 51 Prozent den größten Wahlsieg, den hier jemals eine Partei erreichte.

Die „AZ“ (Arbeiter-Zeitung) berichtete über den Aufmarsch der Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen am 1. Mai 1979 am Rathausplatz in Wien und zitierte aus der Rede von Bruno Kreisky:

*„In diesen Tagen wird es immer deutlicher, daß am 6. Mai die Entscheidung fällt, nach welchen Grundsätzen Österreich in den nächsten vier Jahren regiert wird. Ob der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die heute in der industrialisierten Welt auf 18 Millionen gestiegen ist, ob der Kampf für die soziale Gerechtigkeit weiter im Vordergrund steht, ob wir in Österreich uns jenen Geist der Liberalität erhalten, den wir uns schwer errungen haben, oder ob anstelle dieser sozialdemokratischen Regierung eine konservative, fast reaktionäre tritt, die ‚alles anders machen will‘. (...)*

*An diesem 1. Mai, erklärte Kreisky, muß man es in aller Deutlichkeit sagen, wir wollen nicht haben, daß alles wiederkommt. Hinter dem ‚Andersmachen‘ steckt eine Gesinnung, die in Wirklichkeit das Rad der Geschichte zurückdrehen will. Die wirtschaftspolitischen Auffassungen einer solchen Regierung müssen zwangsläufig zu jenen Zuständen führen, die wir in den dreißiger Jahren so leidvoll kennengelernt haben und für die die konservativen Regierungen dieser Zeit verantwortlich waren.*

*Es komme hier niemand und sage, das könne es nicht geben. Da hat unlängst das Blatt der Industrie verlangt, daß die Geburtenbeihilfe auf ein Viertel gekürzt, die freien Schulbücher und Schülerfreifahrt um 50 Prozent gesenkt, der Entbindungskostenbeitrag und der Bestattungskostenbeitrag gestrichen werden, die Heiratshilfe wegfallen und die Studienfinanzierung überprüft und anderes abgeschafft werden soll. (...)*<sup>1</sup>

<sup>1</sup> AZ; 2. Mai 1979; S. 1 [http://www.arbeiter-zeitung.at/cgi-bin/archiv/flash.pl?seite=19790502\\_A01;html=1](http://www.arbeiter-zeitung.at/cgi-bin/archiv/flash.pl?seite=19790502_A01;html=1)